



H e r u n t e r d i e M a s k e !

Gerissene Bankrotteure pflegen ihr Geschäft unter der Firma ihrer Frau fortzusetzen. Dieselbe Methode versucht jetzt die bankrotte SP. Unbegrenzten Kredit haben ihr die Arbeitermassen seit 1918 entgegengebracht; sechzehn Jahre! Sie hat das Vertrauen der Arbeiter missbraucht, mit ihrer Bankrottpolitik führte sie die Arbeiterschaft in die Katastrophe. Nun will sie unter der neuen Firma "Vereinigte Sozialistische Partei Oesterreichs" den Laden wieder aufmachen. Raffiniert ändert sie die Worte, ohne an ihrer verräterischen, nämlich k l e i n b ü r g e r l i c h e n Grundlinie das Geringste zu ändern. Wenn die Arbeiter auf diesen Köder hereinfallen, so werden sie im besten Fall die Kastanien für andere aus dem Feuer holen, nämlich für das demokratische Kleinbürgertum und damit letzten Endes der Kapitalistenklasse dienen. Die Arbeiterschaft braucht nicht kleinbürgerliche sondern p r o l e t a r i s c h e K l a s s e n p o l i t i k! Die Arbeiter müssen die vorgelegte Prinzipienklärung aufs schärfste unter die Lupe nehmen, sie dürfen sich dabei durch keine noch so "rrrrrevolutionären" Worte betören lassen. Die Arbeiter müssen sich vollkommen unzweudeutige K l a r h e i t schaffen über die wirklichen Prinzipien der "Vereinigten Sozialistischen Partei", in die sich die Sozialdemokratische Partei zur Täuschung des Proletariats umzukloiden anschießt. Zu diesem Zwecke schlagen wir den Arbeitern vor, an der Hand des nachfolgenden A n t r a g s jene Prinzipienklärung genau zu prüfen und diesen Antrag tatsächlich an den demnächst zusammentretenden Parteitag der "Vereinigten Sozialistischen Partei" zu richten.

A n t r a g a n d e n P a r t e i t a g z u r P r i n z i p i e n e r k l ä r u n g .

Der Parteitag l e h n t die vorgeschlagene Prinzipienklärung als kleinbürgerlich ab und stellt die Partei vor der Gesamtarbeiterschaft auf den Boden der nachfolgenden proletarisch-revolutionären Prinzipien:

- I. Der Parteitag erklärt als die Grundursache, die zur Februarkatastrophe geführt hat und führen musste, die auf die Zusammenarbeit ~~AKK~~ mit der Kapitalistenklasse ausgerichtete Grundlinie der Partei (K o a l i t i o n s p o l i t i k),
Der Parteitag stellt fest, dass sich die Anstrengungen der Partei auch seit der Februarkatastrophe bis heute auf dieser Niederlagenlinie fortbewegten und noch immer fortbewegen. Siehe den Kampf Nr. 4, wo Bauer schreibt, "eine Verständigung (der Bourgeoisie) mit der Arbeiterklasse wäre heute unvergleichlich schwerer, als sie vor dem Februar gewesen wäre,....."
- II. Der Parteitag erklärt vor der gesamten Arbeiterschaft feierlich, dass die Partei von jetzt ab jede wie immer geartete Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie (oder Teilen derselben) ausgerichtete Politik prinzipiell und zwar ausnahmslos v e r w i r f t, weil es in den kapitalistischen Ländern in keinem einzigen Punkt ein gemeinsames auch nur vorübergehendes Interesse gibt zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse.
Alle Zusammenarbeit der Partei mit der Bourgeoisie, alle auf die Zusammenarbeit der Partei mit der Bourgeoisie ausgerichtete Politik führt im besten Falle dazu, einer kleinen Anzahl von Arbeiterbürokraten und Arbeiteraristokraten emporzuhelfen auf Kosten der Arbeiterklasse. Diese Politik der Partei hat geführt, führt, muss weiter führen zur Spaltung, zur unausgesetzten Schwächung der Arbeiterklasse, zu neuen Katastrophen.
Die Zusammenarbeit der Partei mit der Bourgeoisie ausgerichtete Poli-

(Titel in hellblauer Farbe eingestempelt)

tik der Partei ist nicht Klassenkampf gegen die Kapitalisten, sondern ist im Gegenteil Bündnis mit der Kapitalistenklasse gegen das Proletariat, ist also antiproletarische Politik, ist Politik gegen die proletarische Revolution.

Die Partei, die in den kapitalistischen Ländern mit der Bourgeoisie zusammenarbeitet oder auf diese Zusammenarbeit ausgeht, ja die Koalitionspolitik in den kapitalistischen Ländern auch nur "ausnahmsweise" unter welcher Form immer zulässt, als "Arbeitsgemeinschaft, Kooperation" u.s.w., oder sich den Weg dazu durch Schweigen offen lässt, so wie es die vorgeschlagene Prinzipienklärung tut, die mag sich noch so "rrrrrevolutionär" gebärden, in Wirklichkeit ist sie in ihrer tatsächlichen Einstellung, in ihrem ganzen Tun eine Feindin der ~~XXX~~ proletarischen Diktatur.

Während eine Bündnispolitik der proletarischen Partei im Verhältnis zur Kapitalistenklasse prinzipiell unzulässig ist, ist eine Bündnispolitik des proletarischen Staates mit einzelnen kapitalistischen Staaten oder Machtgruppierungen, z.B. mit dem Völkerbund zur Ausnützung der Differenzen zwischen den kapitalistischen Staaten prinzipiell durchaus zulässig. Jeder Koalition der Partei mit Kapitalisten in den kapitalistischen Ländern muss sich zwangsläufig gegen das Proletariat wenden, denn sie lässt den kapitalistischen Staatsapparat unangetastet. Dagegen der proletarische Staat hat den kapitalistischen Staatsapparat zertrümmert, er verfügt über den proletarischen Staatsapparat. Ob die staatliche Koalition zum Vorteil oder Nachteil des proletarischen Staates ausschlägt, hängt nur von den besonderen Umständen ab, unter denen sie geschlossen. Die Bündnisse der Sowjetunion mit kapitalistischen Staaten, ihr Eintritt in den Völkerbund war und ist vom proletarischen Klassenstandpunkt prinzipiell zulässig. Nur darum wirken sie sich für den proletarischen Staat schädlich aus, für die proletarische Revolution für die Arbeiterklasse, 1. weil die Stalinbürokratie die Grundlinie der Weltrevolution verlassen hat und sich auf der russischnationalen, also verräterischen "Generallinie" bewegt; 2. weil sie in diesen Staatsverträgen Bindungen eingeht, die die revolutionäre Handlungsfreiheit der Kommunistischen Internationale, der Kommunistischen Parteien in den Ländern, mit denen diese Verträge abgeschlossen werden, hemmt; 3. weil sie den proletarischen Klassencharakter des sowjetrussischen Staatsapparates fortgesetzt schwächt.

III. Es geht den Arbeitern nicht nur um den Sturz der faschistischen Diktatur, die ja nur eine besondere Form der kapitalistischen Diktatur ist, sondern der proletarische Kampf muss geführt werden um den Sturz der kapitalistischen Diktatur, habe sie welche Form immer. Der Kampf muss geführt werden um die Diktatur des Proletariats! Die Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse setzt unumgänglich voraus die Zertrümmerung des kapitalistischen Staatsapparates, nämlich der roten Armee, der roten Polizei, der roten Gendarmerie, der roten Justiz, des roten Verwaltungsapparates, der roten Schule, u.s.w., mit einem Wort der proletarischen Diktatur.

Ohne die Zertrümmerung des kapitalistischen Staatsapparates ! - Über diese allerentscheidendste Frage schweigt die Prinzipienklärung! ... - verwandelt sich die "Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat" zwangsläufig in die Etablierung einer bürgerlich-demokratischen Staatsmacht.

Ohne die Zertrümmerung des kapitalistischen Staatsapparates verwandelt sich die "Sozialisierung der Grossunternehmungen in Industrie, Forstwesen, Handel, Verkehr, Bankwesen" zwangsläufig in einen S t a a t s k a - p i t a l i s m u s des kapitalistisch-demokratischen Staates.

Der Parteitag lehnt es kategorisch ab, in der Frage der bürgerlichen Demokratie durch S c h w e i g e n die wirkliche Haltung der Partei vor der Arbeiterschaft zu verbergen. Der Parteitag v e r w i r f t die bürgerliche Demokratie p r i n z i p i e l l.

Der Parteitag erklärt die Losung der "Diktatur der Arbeiter und Bauern" als eine demokratische Losung. sie will die Diktatur ausüben zusammen mit den Grossbauern, so wie seinerzeit mit den Jodok Mink & Co., so jetzt mit den Reither & Co., also im Bündnis mit der Dorfbourgeoisie. Die proletarische Diktatur dagegen ist die Diktatur der Arbeiterklasse im Bündnis mit den armen Bauern (den Zwerg- und Kleinpächtern, den Zwerg- und Kleinbauern), bei Neutralisierung der Mittelbauern, aber schärfstem Kampf gegen die Grossbauern, gegen die Dorfbourgeoisie. Die "Diktatur der Arbeiter und Bauern" dient in Wirklichkeit der Herstellung der b ü r g e r l i c h e n Demokratie, dient letzten Endes der Kapitalistenklasse.

Um das Bündnis mit der Riesenmasse der armen Bauern herzustellen, ist die entschädigungslose Enteignung des Grossgrundbesitzes (und zwar auch der Kirche!) und dessen entschädigungslose Aufteilung auf die Landarbeiter und armen Bauern unumgänglich. Ueber die Frage der Entschädigungslosigkeit s c h w e i g e n, so wie es die Prinzipien-erklärung tut, heisst die Bauern mit "kleinbürgerlicher/ Bodenreform" (gegen Ablöse, u.s.w.) abzuspeisen, die nie und nimmer die armen Bauernmassen zu Verbündeten des revolutionären Proletariats gewinnen kann.

- IV. Unbeschadet dieser prinzipiellen Stellungnahme erklärt der Parteitag, dass die Revolutionspartei des Proletariats bereits ist, mit allen ehrlich demokratischen Kräften in Stadt und Dorf in B ü n d n i s zusammenzugehen zum Sturz der offenen kapitalistischen Diktatur, habe diese militär-polizeiliche, bonapartistische, faschistische oder welche Form immer.

Dabei bleibt sich aber die Klassenpartei des Proletariats klar darüber, dass die kleinbürgerliche Demokratie an die Stelle der offenen lediglich die demokratisch verhüllte k a p i t a l i s t i s c h e Diktatur setzen will und setzt. Nach ihrem Sieg wird sich die kleinbürgerliche Demokratie mit der Kapitalistenklasse, sei es offen, sei es raffiniert verdeckt, verbünden, um den Vormarsch der proletarischen Revolution, um die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats zu verhindern. Die Arbeiterklasse will nicht bloss den Sturz der offenen, sondern auch den der demokratisch verhüllten Diktatur der Bourgeoisie, sie will die Diktatur des Proletariats zum Sturz jeder kapitalistischen Herrschaft, zur Liquidierung der Kapitalistenklasse, zum Aufbau des Sozialismus.

Die proletarische Revolutionspartei weiss, dass sie nach dem revolutionären Sieg über die o f f e n e kapitalistische Diktatur im Kampf um die proletarische Diktatur als F e i n d gegen sich haben wird nicht nur die Kapitalistenklasse, sondern auch die kleinbürgerliche Demokratie.

- V. Innerhalb der Zweiten Internationale gibt es eine Reihe von Parteien, die mit der Bourgeoisie zusammenregieren (CSR, u.s.w.), während die ~~XXXX~~ anderen mehr oder weniger offen mit den Kapitalisten zusammenarbeiten und zwar auch aus der Opposition heraus. Das Ziel ihrer Opposition ist

nicht der Sturz der Bourgeoisie, sondern lediglich dieses, die Bourgeoisie zur Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie zu zwingen. Auch die sozialdemokratischen Alleinregierungen ("Arbeiterregierungen", "Arbeiter- und Bauernregierungen") hatten und haben die tragende Linie der 2. Internationale, nämlich die verräterische Grundlinie der Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse. Die Parteien der Zweiten Internationale ohne Ausnahme haben mit dem Marxismus nichts gemeinsam. Sie heucheln "marxistische Worte", um damit besser zu verhüllen, dass sie in ihrem ganzen Tun den Marxismus, die proletarische Revolution bekämpfen, den Kapitalismus, die kapitalistische Herrschaft stützen.

Die Grundlinie der Zweiten Internationale war, ist und bleibt die Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse, die auf diese Zusammenarbeit ausgerichtete Politik. Daran durch eine Opposition in der Zweiten Internationale etwas zu ändern, wie es die vorgeschlagene Präzisionsklärung vorgibt, ist Klassenmassig absolut ausgeschlossen und ist nur ein Trick, um Zeit zu gewinnen und die Partei ins Schlepptau dieser durch und durch opportunistischen Internationale zu belassen. Die Zugehörigkeit einer in Wahrheit proletarisch-revolutionären Partei zur Zweiten Internationale ist mit dem proletarischen Klassencharakter prinzipiell unvereinbar. Der Parteitag beschliesst daher in aller Form den Austritt aus der Zweiten Internationale, deren prinzipielle Verwerfung und Bekämpfung.

- VI. Die Dritte Internationale betreibt seit dem Tode Lenins eine rein russisch national orientierte Politik. Der Parteitag stellt die Partei von jetzt ab prinzipiell und zwar ausnahmslos ein auf die Grundlinie des revolutionären Internationalismus, verwirft und bekämpft daher prinzipiell die Dritte Internationale und die ihr angehörigen Parteien.

Die Verteidigung der Sowjetmacht ist eine Pflicht, die allen Arbeitern in ihrem eigenen Interesse obliegt. Die konsequente unerbittlich Bekämpfung der die Sowjetmacht als proletarische Macht immer mehr schwächenden, gefährdenden stalinischen "Generallinie" und der usurpatorischen Stalinbürokratie ist ein unumgänglich notwendiges Glied der wirk-samen Verteidigung Sowjetrusslands. Reform der Sowjetmacht! Ihre Politik muss wieder auf die unverfälschte marxistisch-leninistische Grundlinie, wozu auch die Wiederherstellung der Arbeiterdemokratie gehört.

- VII. Der wirksame Kampf zur Verhinderung des imperialistischen Krieges, die wirksame Bekämpfung des ausgebrochenen imperialistischen Krieges ist prinzipiell unvereinbar mit der Koalitionspolitik, also mit der Zugehörigkeit zur Zweiten Internationale. Nur eine Partei, die für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft kämpft, welche Form immer sie habe, habe sie auch demokratische Form, nur eine Partei, die für die Aufrichtung der proletarischen Diktatur kämpft, nur eine solche Partei ist wirklich und ernstlich Gegnerin des imperialistischen Krieges. Eine Partei aber, die über die Zertrümmerung des kapitalistischen Staatsapparates schweigt, eine Partei also, die den kapitalistischen Staatsapparat dem Wesen nach unangetastet lassen will, eine solche Partei "kämpft" gegen den imperialistischen Krieg nur in Worten, während sie ihn in ihrem Tun in Wahrheit unterstützt. Wer der Bourgeoisie den kapitalistischen Staatsapparat lässt, lässt ihr den kapitalistischen Staat, lässt ihr die Macht. es gibt keinen wahren Kampf gegen den imperialistischen Krieg ohne den grundlegenden Kampf zum Sturz jeder kapitalistischen Herrschaft und zur Ausrichtung der Diktatur des Proletariats.

VIII. Die proletarische Einheitsfront hat zur unumgänglichen Bedingung das Recht auf Kritik. Vereinbarungen darüber, dass dieses Recht nicht in beleidigenden Formen ausgeübt werden soll, sind zulässig. Wer jedoch zur Voraussetzung der Einheitsfront machen will die Verpflichtung "alle Angriffe gegeneinander einzustellen", so wie das die "Wiener Sozialistische Organisation" verlangt, der will das unumgänglich notwendige Recht zur Kritik ausschalten, der will eben dadurch die proletarische Einheitsfront verhindern oder eine solche "Einheitsfront" zustandebringen, die das Gegenteil dessen ist, was die Arbeiterklasse braucht (siehe die "Einheitsfront" der "Revolutionären Sozialisten" und der "Kommunistischen Partei", welche Einheitsfront zur Niederlage vom 1. August und ansonsten zur vollkommenen Passivität geführt hat).

Diejenige Partei, die in der Einheitsfront wirklich proletarisch-revolutionäre Politik treiben will und tatsächlich treibt, braucht nicht zu fürchten, dass ihr "Mitglieder entrissen werden", "dass ihr organisatorisches Gefüge gestört werde". Eine Partei jedoch, die es zur Bedingung macht, dass ihr organisatorisches Gefüge nicht gestört werden darf, die beweist damit, dass sie eine "Einheitsfront" will, um darin das Gegenteil von proletarisch-revolutionärer Politik zu treiben und sich dennoch dagegen zu sichern, dass die Arbeiter ihr den Rücken kehren und dorthin gehen, wo die Arbeiterschaft wirklich zum proletarisch-revolutionären Kampf gegen die Kapitalistenklassen gesammelt und geführt wird.

IX. Die vorgeschlagene Prinzipienerklärung bewegt sich in Wirklichkeit auf kleinbürgerlicher Klassenlinie. Die Einigung der österreichischen Arbeiterklasse in einer einzigen Partei ist unmöglich in der "Vereinigten Sozialistischen Partei", weil sie unmöglich ist auf kleinbürgerlicher Klassenlinie. Das wäre nichts anderes als die alte bankrotte "Einheit in der Sozialdemokratie", bei lediglich unverändertem Namen. Die Einigung der österreichischen Arbeiter in einer einzigen Partei ist unumgänglich notwendig, aber sie ist zu verwirklichen nur in einer Partei, die die Koalitionspolitik prinzipiell ablehnt, die auf dem Boden des revolutionären Internationalismus, die für die Diktatur des Proletariats kämpft, mit einem Wort, allein auf der unverfälschten marxistisch-leninistischen Linie.

Der Parteitag beschliesst die Ablehnung der kleinbürgerlichen Prinzipienerklärung und stellt sich auf dem Boden der in diesem Antrag niedergelegten proletarisch-revolutionären Prinzipien. Andernfalls kann die Einigung der österreichischen Arbeiterklasse nur in der neu zu schaffenden proletarischen Klassenpartei erfolgen, herausgebildet vom Schutzbund als Kern, der in sich die kampfgewilltesten Arbeitselemente Oesterreichs vereinigt.

X. Der Parteitag lehnt die Bildung einer neuen Internationale 2 1/2 oder Uebergangsposition dazu kategorisch ab; sie hätte nur den Zweck, Zeit zu gewinnen, um die Partei wie bei dem seinerzeitigen Manöver Friedrich Adlers wieder zurück zur Zweiten Internationale zu führen.

Der Parteitag beschliesst: Die Partei setzt sich zum Ziel, an der Herausbildung einer Neuen Internationale mitzuarbeiten, die unter grundsätzlicher Verwerfung und Bekämpfung der 2. und 3. Internationale und der ihnen zugehörigen Parteien jede Koalitionspolitik in den kapitalistischen Ländern prinzipiell ~~XXXXXX~~ ablehnt und sich

